



Bundestags- brief

Nr.33 • Die Woche im Bundestag • 22.02.2008



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Die Gesetze gelten für alle – Steuersünder verfolgen:

Die spektakulären Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung haben uns erschüttert. Sollten sich die Vermutungen als richtig erweisen, wäre das Ausmaß der Steuerhinterziehung erschreckend. Das Verhalten einiger Spitzenverdiener und ihre Bereitschaft, sich mit krimineller Energie Vorteile zulasten der Allgemeinheit zu verschaffen, sind unerträglich. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die mit der ganzen Härte des Gesetzes geahndet werden muss. Denn Steuerhinterzieher leben auf Kosten der ehrlichen Bürgerinnen und Bürger. Liechtenstein ist aufgerufen, mit den deutschen Behörden zu kooperieren und die Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung über Finanzinstitute zu unterbinden. Ein Defekt unseres Wirtschaftssystems lässt sich aus den bekannt gewordenen kriminellen Machenschaften aber nicht ableiten. Die soziale Marktwirtschaft ist das Fundament unseres Wohlstandes und sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Sie wird getragen von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ganz besonders von den mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmern. Das System der sozialen Marktwirtschaft ist intakt – aber alle, die davon profitieren, haben auch die Verantwortung, die Akzeptanz unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch ihr Handeln nicht in Frage zu stellen.

Klima schützen – Energiemix verantwortlich gestalten:

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion genießt der Klimaschutz hohe Priorität. Wir stehen zu den erfolgreichen Bemühungen unserer Bundeskanzlerin um eine weltweite Gestaltung des Klimaschutzes. Die Ergebnisse von Bali wären ohne den von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm erzielten Durchbruch undenkbar gewesen. Ein wichtiges Instrument zur Vermeidung von CO₂ ist der

Ausbau der Erneuerbaren Energien. Für die Union ist aber klar, dass Umweltprobleme nicht losgelöst von den wirtschaftlichen Konsequenzen betrachtet werden dürfen: Wir müssen stets dafür sorgen, dass Ökologie und Ökonomie nicht gegeneinander ausgespielt werden. Hohe ökologische Standards dürfen nicht zu unerträglich hohen Kosten für Wirtschaft und Verbraucher führen. Das gilt insbesondere für die Energieerzeugung. Wir wissen: Die einseitige Förderung Erneuerbarer Energien würde den Strompreis in die Höhe schnellen lassen. Deswegen setzen wir uns für einen verantwortungsvollen Mix aus Erneuerbaren Energien, der CO₂-freien Kernenergie sowie neuer und effizienter Kohle- und Gaskraftwerke ein. Gleichzeitig muss die Erforschung alternativer Energiequellen vorangetrieben werden. Deutschland ist Vorreiter im Klimaschutz und soll es bleiben, denn nur so können wir andere von unserer Ernsthaftigkeit und von der Machbarkeit des Klimaschutzes in einer Industrienation überzeugen.

Internationaler Tag der Muttersprache am 21. Februar 2008 – zunehmende ‚Verdenglischung‘ der Deutschen Sprache:

Durch die Verwendung von Fremdwörtern, insbesondere von Anglizismen, werden zunehmend ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt. Fremdsprachliche Ausdrücke und Begriffe im Schulunterricht, in der Arbeitswelt, in der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit nehmen stetig zu. Gegen Englisch ist grundsätzlich nichts einzuwenden, und den frühen Erwerb von Fremdsprachkenntnissen befürworten wir. Ein Blick in die tägliche Fernsehwerbung ist jedoch bezeichnend. Da wirbt eine renommierte deutsche Süßwarenfirma für ein Pralinenprodukt mit den Worten „Time for Gold“, eine bekannte Kosmetikfirma fordert zum Erwerb einer „pro-age beauty body lotion“. In unseren Flughäfen und Bahnhöfen ist Deutsch zur Randsprache

geworden. Sicherlich ist es sinnvoll, Flug- und Fahrthwinweise auch in englischer Sprache anzubringen. Es kann aber nicht sein, dass vieles ausschließlich in Englisch beschriftet und beworben wird! Wenn die Deutsche Bahn von ihren Kunden verlangt, zum "Call a Bike Point" zu gehen oder die Deutsche Telekom das Produkt „web'n'walk Cards“ anpreist, dann ist das für viele ausgrenzend und schlichtweg überflüssig. Denn es gibt viele Menschen, die diese Begriffe nicht verstehen. Dabei handelt es sich nicht nur um Teile der älteren Generation, die in der Schule keinen oder kaum Englischunterricht hatten. Es trifft zunehmend auch Jüngere, die Verständnisprobleme haben. Der Schülerwettbewerb „Deutsch-Olympiade“ der Initiative Deutsche Sprache sowie der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder bietet hier einen guten Gegenpol. Rund 28.000 Schülerinnen und Schüler der neunten Klassen aller Schulformen haben sich in diesem Schuljahr mit großer Begeisterung daran beteiligt. Die Deutsch-Olympiade wird in einer Unterrichtsreihe für das Fach Deutsch vorbereitet. Jeweils vier Schüler treten gemeinsam in den fünf Disziplinen Reimen, Umschreiben, Erzählen, Erklären und Darstellen an. Nach kurzer Vorbereitungszeit stellen die Teams vor Publikum und Jury ihre sprachlichen Fähigkeiten unter Beweis, begleitet und unterstützt von ihrer gesamten Klasse. Junge Menschen lassen sich für unsere Sprache begeistern – dies sollte uns allen Ansporn sein.

Hemmnisse für Frauen auf dem Weg zur Professur - Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern muss hergestellt werden

Ein Blick in die Hörsäle beschreibt die Situation der Frauen in der Wissenschaft sehr gut. Die Hälfte der Studierenden sind Studentinnen. Dieser Anteil reduziert sich, je höher man die akademische Laufbahn hinaufschaut. Der weibliche Anteil an der Professorenschaft beträgt gerade mal 14 Prozent. Der Frauenanteil bei der Promotion liegt in Deutschland bei 39 Prozent. Der EU-Durchschnitt liegt bei 43,2 Prozent. Es muss die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern hergestellt werden. Daher müssen die strukturellen Barrieren für Frauen abgebaut und Anreize geschaffen werden. Wichtige Schritte um den Frauenanteil in der Wissenschaft zu erhöhen werden bereits besritten. So stellt das Bundesministerium für Bildung und Forschung zusammen mit den Ländern bereits 150 Millionen Euro zur Verfügung, um in den nächsten fünf

Jahren 200 neue Stellen für Professorinnen an den deutschen Hochschulen zu schaffen. Zu einer öffentlichen Anhörung wurden in dieser Woche zehn Sachverständige eingeladen, welche die Fragen der Abgeordneten zu den Karrierechancen von Frauen im Bereich der Forschung in Deutschland sowie im internationalen Vergleich beantworteten.

Neue Wege in der Wissenschaftspolitik – die internationale Position ausbauen

Mit der Internationalisierungsstrategie für Wissenschaft und Forschung leistet die Bundesregierung einen weiteren Beitrag zur Umsetzung des Koalitionsvertrages. Mit dieser Strategie soll die Rolle Deutschlands in der globalen Wissensgesellschaft sowie die Sichtbarkeit und Attraktivität unserer Forschungslandschaft gestärkt werden. Hier geht es vor allem darum, Forschungszusammenarbeit mit den weltweit Besten systematisch auszubauen, Innovationspotenziale international zu erschließen und die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Bildung, Forschung und Entwicklung nachhaltig zu stärken. Dazu gehört auch, die Karrierewege für Wissenschaftler attraktiver und verlässlicher zu gestalten. Sie bestimmen maßgeblich das Tempo und den Erfolg bzw. Misserfolg bei der Gestaltung der Globalisierung. An diesem Ziel müssen sich Strukturen und Maßnahmen ausrichten. Deutschland ist gut in den Europäischen Forschungsraum eingebunden und hat auch darüber hinaus mit einer Reihe von Initiativen auf die beschleunigten Entwicklungen reagiert. Diese strategische Ausrichtung in Form einer Internationalisierungsstrategie von Wissenschaft und Forschung ist ein weiterer Schritt in eine sinnvolle „Außenwissenschaftspolitik“.

Zu guter Letzt:

Deutlich höhere Schulabbrecherquote unter Ausländern:

In Deutschland lebende ausländische Jugendliche brechen häufiger die Schule ab als deutsche Schüler. Während 9,3 Prozent der deutschen Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen, ist die Quote unter jungen Ausländern mit 19,4 Prozent mehr als doppelt so hoch. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern signifikant: Die niedrigste Schulabbrecherquote unter ausländischen Jugendlichen gibt es in Hessen (10,3 Prozent), die höchste in Bremen (29 Prozent) und Sachsen-Anhalt (29,4 Prozent).

(Quelle: Bertelsmann Stiftung)